

Sozialdialog zum europäischen Semester

Halb leeres, halb volles Glas

Sozialpartner stellen ihre Vorstellungen zur Haushaltsdisziplin und leistungsfähigen Wirtschaft gegenüber

VON BÉRENGÈRE BEFFORT

Mitte April wird die Regierung der EU-Kommission das neue Stabilitäts- und das nationale Reformprogramm zukommen lassen. Anders als in den Jahren zuvor sind diesmal die Sozialpartner in die Diskussionen zum europäischen Semester eingebunden. Beim ersten gemeinsamen Gespräch mit der Regierung gab es gestern allerdings keinen Platz für kontroverse Debatten.

„Ganz gleich in welcher Form der Sozialdialog stattfindet, Hauptsache ist, dass miteinander geredet wird und etwas dabei herauskommt“, meinte Premierminister Xavier Bettel gestern. Diese Aussage hätte eine strittige Debatte einleiten können. Aber es waren die Schlussworte eines Treffens, bei dem die Beteiligten jeweils aus eigener Perspektive über die Haushaltsdisziplin und die Wirtschaftsförderung dozierten. Finanzminister Pierre Gramegna stellte nochmals Sinn und Zweck des europäischen Semesters vor, und anschließend legten die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter nacheinander ihre Vorstellungen dar. Zwischenrufe und zusätzliche Fragen blieben aus.

Doch auch ohne Worte sind tiefgründige Meinungsverschiedenheiten nicht zu überhören und übersehen. Die Analyse von UEL-Präsident Michel Wurth über angestiegene Lohnstückkosten und eine wirtschaftliche Flaute beantworteten die Gewerkschaften mit Murren. Bei den Forderungen der Arbeitnehmerseite für Lohnerhöhungen und mehr Kündigungsschutz rümpften dann die Patronatsvertreter die Nase. Auf ge-



Die Arbeitnehmervertreter stellen die EU-Sparmaßnahmen in Frage. Sie verlangen stärkere soziale Standards, ...

meinsame Lösungsansätze musste die Regierung verzichten. Dabei hatten die rhetorischen Fragen der einen und anderen schon von Anfang an auf gegensätzliche Analysen hingedeutet. „Wieso haben sich die USA besser von der Krise er-

holt als Europa?“, fragte Michel Wurth und hob insbesondere den flexibleren Arbeitsmarkt jenseits des Atlantiks hervor. „Wir sollten uns fragen, was falsch läuft, wenn die EU-Politik und die geforderten Strukturreformen die Probleme gar

nicht lösen“, meinte seinerseits OGBL-Präsident André Roeltgen und warb für stärkere soziale Kriterien.

Dass die beiden Sozialpartner entgegengesetzte Ansichten vertreten, ist nicht neu. Interessant ist



... während die Arbeitgebervertreter für ein flexibleres Modell auf dem Arbeitsmarkt werben. (FOTOS: G. HUBERTY)

aber, dass beide Seiten trotz offensichtlicher Reibungsflächen versuchen, wieder miteinander zu reden. Vor nicht allzu langer Zeit hatte der Dissens zum Scheitern der Tripartite-Gespräche geführt und die Arbeit im Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) zum Erliegen gebracht. So war es kein Zufall, dass gerade der Wirtschafts- und Sozialrat mit der gestrigen Zusammenkunft betraut worden war. Der Sozialdialog soll wiederbelebt werden. Gestern ging es weniger um die einzelnen Stellungnahmen, die in vorliegenden Positionspapieren nachzulesen sind, als um die Botschaft an sich. Nach den jüngsten getrennten Abkommen mit der Regierung signalisieren die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter Gesprächsbereitschaft für angehende Dreierunden.

Es gebe gemeinsame Anliegen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, betonte der Präsident des LCGB, Patrick Dury: „Die Unterschiede sind nicht so, dass sie nicht überbrückbar wären“. Das Zusammenkommen sollte als Neuanfang gewertet werden, meinte auch der Administrateur délégué der UEL, Jean-Jacques Rommes.

Die Sozialpartner zeigten, dass sie ohne Eklat einander zuhören können. Wie gut sie aufeinander zugehen, um die Arbeitszeit, den Elternurlaub und den Mindestlohn zu reformieren, wird sich bald zeigen. Am 3. Februar ist eine Unterredung mit der Regierung anberaumt. Zum europäischen Semester will man sich erneut am 30. März treffen. Die neue WSR-Präsidentin Pascale Toussing, die die Nachfolge von Gary Kneip übernimmt, gibt sich jedenfalls zuversichtlich: Wo ein Wille sei, sei auch ein Weg.

Luxemburg. Gestern unterzeichneten die Vertreter der Regierung und der Religionsgemeinschaften im Staatsministerium die Konvention, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen neu regeln wird. Für die Regierung setzten Staatsminister Xavier Bettel, Unterrichtsminister Claude Meisch und Innenminister Dan Kersch ihre Unterschrift unter das Dokument. Für die katholische Kirche unterzeichnete Erzbischof Jean-Claude Hollerich (1. R. 2. von l.), für die protestantische und die protestantisch-reformierte Kirche Volker Strauß (2. R. 3. von r.), Jürgen Wohlfahrt (2. R. 2. von r.) und Karl Georg Marhoffer (1. R. 2. von r.), für die anglikanische Kirche Chris Lyon (2. R. 1. von l.), für die orthodoxe Kirche der belgische Metropolit Athénagoras (1. R. 1. von l.), für die jüdische Gemeinde Großrabbiner Alain Nacache (2. R. 1. von r.) und der Präsident des Konsistoriums Claude Marx (1. R. 1. von r.) und für die Shura, die durch die Konvention erstmals offiziell anerkannt wird, Sabahudin Selimovic (2. R. 2. von l.). (DS)

(FOTO: GERRY HUBERTY)



ES IST VOLLBRACHT